Inhalt**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung**

- 207 Hochwasserschutz; hier: Überschwemmungsgebiet Ellerbach, S. 217–218
 208 Kommunalaufsicht; hier: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß § 5 Abs. 7 LAbfG NRW i.V.m. § 23 Abs. 1 Alt. 2., Abs. 2 Satz 2 GkG NRW über die Durchführung des Betriebs eines Recyclinghofes in Gütersloh sowie der Sammlung und Beförderung der dort angelieferten Abfälle, S. 218–219
 209 Wasserrecht; hier: Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 UVP, S. 218–219
 210 Wasserrecht; hier: Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 UVP, S. 220

- 211 Immissionsschutz; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), S. 220–221
 212 desgl., S. 221–222
 213 Stiftungsaufsicht; hier: Anerkennung der „Stiftung Habighorst“ mit Sitz in Bünde, S. 222
 214 Stiftungsaufsicht; hier: Anerkennung der „IRS Rolf und Ingeborg Schulte Stiftung“ mit Sitz in Bielefeld, S. 222

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

- 215 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter; hier: Sitzung der Verbandsversammlung, S. 223

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung**207 Hochwasserschutz;
hier: Überschwemmungsgebiet Ellerbach****Ordnungsbehördliche Verordnung**
zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes
Ellerbach vom 31. August 2021

auf Grundlage des § 76 Abs. 2 WHG¹ in Verbindung mit § 83 LWG² verordnet die Bezirksregierung Detmold als obere Wasserbehörde:

§ 1**Räumlicher Geltungsbereich und Zweckbestimmung**

- Das Überschwemmungsgebiet am Ellerbach wird im Kreis Paderborn von der Mündung in die Altenau in Borchen-Kirchborchen bis zum Durchlass der L 828 in Altenbeken-Schwaney neu festgesetzt.
- Das Überschwemmungsgebiet ist in 12 Karten im Maßstab 1:5 000 blau gekennzeichnet. Die Karte im Maßstab 1:50 000 dient der Übersicht der Lage des Überschwemmungsgebietes. Die Anlage 1 dieser Verordnung (Amtsblatt) enthält eine weitere Übersichtskarte im Maßstab 1:70 000.
- Die in den Karten des Maßstabs 1:5 000 in gelb ausgewiesenen überschwemmungsgefährdeten Gebiete weisen nachrichtlich Gebiete aus, die beim Versagen von technischen Hochwasserschutzeinrichtungen überflutet werden.
- Das Überschwemmungsgebiet wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen festgesetzt. Es betrifft die Flächen beiderseits des Gewässers, die bei einem

100-jährlichen Hochwasserereignis überschwemmt oder durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.

- Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes dient
 - dem Erhalt oder zur Verbesserung der ökologischen Strukturen des Gewässers und ihrer Überflutungsflächen,
 - zur Vermeidung oder Verringerung von Erosion oder von erheblich nachteiligen Auswirkungen auf das Gewässer, die insbesondere von landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgehen,
 - zum Erhalt oder zur Gewinnung, insbesondere Rückgewinnung von Rückhalteflächen,
 - zur Regelung des Hochwasserabflusses,
 - zum hochwasserangepassten Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,
 - zur Vermeidung von Störungen der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung.

§ 2**Einsichtnahme**

Die Verordnung mit den Karten des Überschwemmungsgebietes und einem Erläuterungsbericht kann vom Tage des Inkrafttretens an bei folgenden Behörden während der Dienststunden eingesehen werden:

- Kreis Paderborn, untere Wasserbehörde
- Gemeinde Altenbeken
- Gemeinde Borchen
- Stadt Paderborn
- Bezirksregierung Detmold – Dezernat 54 (Dienstgebäude Minden)

§ 3**Gebote und Verbote**

Im Überschwemmungsgebiet gelten die Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes – WHG – „Kapitel 3 Besondere wasserwirtschaftliche Bestimmungen“ mit dem „Abschnitt 6 Hochwasserschutz“ sowie des Landeswassergesetzes NRW – LWG „Abschnitt 5 Hochwasserschutz“ mit dem „Unterabschnitt 2 Überschwemmungsgebiete“ in der jeweils geltenden Fassung.

§ 4**Ordnungswidrigkeit**

Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen den Vorschriften der §§ 78, 78a und 78c WHG oder § 84 Abs. 3 LWG in der jeweils geltenden Fassung zuwiderhandelt, kann mit einer Geldbuße bis zu 50 000 € (§ 103 Abs. 1 Ziffer 16 bis 19, Abs. 2 WHG, § 123 Abs. 1 Nr. 22, Abs. 3 LWG) belegt werden.

§ 5**Inkrafttreten**

- 1) Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold in Kraft.
- 2) Die preußische Überschwemmungsgebietsverordnung „Ellerbach“ vom 20. August 1910 und die ordnungsbehördliche Verordnung des Ellerbaches im Kreis Paderborn vom 18. Februar 2004 werden mit Bestandskraft dieser Verordnung aufgehoben.

Detmold, den 31. August 2021
54.07.05.20/278286

Bezirksregierung Detmold
Im Auftrag
Most

- ¹ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), in der zurzeit geltenden Fassung.
- ² Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswasser-gesetz – LWG) vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559), in der zzt. geltenden Fassung.

ABl. Reg. Dt. 2021, S. 117–218

208

Kommunalaufsicht;

hier: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß § 5 Abs. 7 LABfG NRW i.V.m. § 23 Abs. 1 Alt. 2, Abs. 2 Satz 2 GkG NRW über die Durchführung des Betriebs eines Recyclinghofes in Gütersloh sowie der Einsammlung und Beförderung der dort angelieferten Abfälle

zwischen

dem Kreis Gütersloh,

Herzebrocker Straße 140, 33334 Gütersloh

- vertreten durch den Herrn Landrat Sven-Georg Adenauer und Herrn Leitenden Kreisbaudirektor Frank Scheffer -
- nachfolgend „Kreis“ genannt –
- und

der Stadt Gütersloh,

Berliner Straße 70, 33330 Gütersloh,

- vertreten durch den Bürgermeister Norbert Morkes und die Erste Beigeordnete Christine Lang -
- nachfolgend „Stadt“ genannt -

Präambel

Gemäß § 5 Abs. 6 Satz 1 des Landesabfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juni 1988 (LABfG NRW), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 2017, sind die

Städte und Gemeinden als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne der §§ 17 Abs. 1 Satz 1, 20 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen vom 24. Februar 2012 (KrWG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Oktober 2020, für das Einsammeln und das Befördern der in ihrem Gebiet anfallenden und ihnen zu überlassenden Abfälle zuständig.

Beim Kreis handelt es sich gemäß § 5 Abs. 1 LABfG NRW um den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, dem die Entsorgung der Abfälle obliegt, die von den Städten und Gemeinden im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach § 5 Abs. 6 Satz 1 LABfG NRW eingesammelt und befördert sowie dem Kreis überlassen werden.

Um die Durchführung der Entsorgungsaufgaben zu optimieren und dadurch Synergieeffekte zu erzielen, schließen die Vereinbarungsparteien gemäß § 5 Abs. 7 LABfG NRW in Verbindung mit § 23 Abs. 1 Alt. 2, Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. Oktober 1979 (GkG NRW), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. April 2020, die folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1**Durchführung der Aufgaben Betrieb des Recyclinghofes sowie Einsammeln und Befördern von Abfällen**

(1) Der Kreis führt für die Stadt gemäß § 23 Abs. 1 Alt. 2, Abs. 2 Satz 2 GkG NRW in Verbindung mit § 5 Abs. 6 Satz 4, Abs. 7 LABfG NRW den Betrieb des Recyclinghofes (Carl-Zeiss-Straße 58 und 60, 33334 Gütersloh) sowie das Einsammeln (Bringsystem) und Befördern der dort angelieferten Abfälle durch (Mandatierung). Die abfallrechtlichen Rechte und Pflichten der Vereinbarungsparteien als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger bleiben unberührt. Insbesondere unterliegen die Entsorgungsleistungen in öffentlich-rechtlicher Hinsicht weiterhin der abfallrechtlichen Zuständigkeit der jeweiligen Vereinbarungsparteien als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger.

(2) Abfälle, die in privaten Haushalten anfallen, sollen u. a. zur Erhöhung der Recyclingquoten gemäß § 5 Abs. 4 Satz 1 LABfG NRW getrennt erfasst und gehalten werden. Dazu überträgt die Stadt die in Absatz 1 genannten Aufgaben auf den Kreis. Der Kreis kann die Aufgaben selbst durchführen oder ein Tochterunternehmen mit der Durchführung der Aufgaben beauftragen.

Soweit Dritte beauftragt werden, ist Preisrecht anzuwenden.

(3) Zur näheren Festlegung der durchzuführenden Entsorgungsleistungen wird der Kreis sich mit der Stadt eng abstimmen. Das Ergebnis der Abstimmung ist schriftlich festzuhalten.

Es dürfen nur die zugelassenen Abfälle mit den entsprechenden Abfallschlüsselnummern aus der Genehmigung für den Bau und Betrieb des Recyclinghofes in Gütersloh angenommen werden. Darin nicht aufgeführte Abfälle werden zurückgewiesen.

(4) Der Kreis bzw. der Dritte erhält zur Deckung der ihm entstehenden Kosten von der Stadt Entgelte im Sinne des § 23 Absatz 4 GkG. Der Kreis bzw. der Dritte erhebt für seine Leistungen jeweils einen Preis gem. VO PR 30/53 i.V.m. den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (-LSP-, Anlage zur VO PR 30/53). Der Preis unterliegt der Preisgleitung.

Die Kosten für die Tätigkeiten nach dieser Vereinbarung werden der Stadt durch den Kreis bzw. durch den beauftragten Dritten nach Aufwand monatlich bis zum 15. des der Leistung folgenden Monats in Rechnung gestellt.

(5) Die Stadt bevollmächtigt den Kreis, sämtliche Erklärungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit der Durchführung der Entsorgungsleistungen für die Stadt abzugeben. Eine Unterbevollmächtigung ist zulässig. Die Bevollmächtigung nach Satz 1 schließt die Geltendmachung von Entgelten gegenüber den Abfallerzeugern und/oder -besitzern ein.

(6) Die Stadt unterstützt den Kreis bei der Durchführung

der Entsorgungsleistungen. Dies geschieht insbesondere durch Bereitstellung der erforderlichen Informationen, soweit diese bei der Stadt vorhanden sind.

(7) Die Stadt ist verpflichtet, bestehende Entsorgungsverträge mit Dritten vor deren Ablauf zu beenden, soweit derartige Entsorgungsverträge Entsorgungsleistungen zum Gegenstand haben, die Gegenstand dieser Kooperationsvereinbarung sind, und soweit die Verträge beendbar sind. Die Beendigungspflicht muss spätestens erfüllt sein mit dem Beginn der kommunalen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Durchführung der Entsorgungsleistungen gemäß dieser Vereinbarung.

(8) Ist der Kreis bzw. der beauftragte Dritte an der Durchführung der vereinbarungsgegenständlichen Leistungen gehindert, werden diese von der Stadt übernommen, soweit dies zur Aufrechterhaltung der Abfallentsorgung im Kooperationsgebiet erforderlich ist (Reservefunktion der Stadt). Der Kreis bzw. der beauftragte Dritte hat im Verhinderungsfall den Hinderungsgrund der Stadt unverzüglich mitzuteilen.

§ 2

Laufzeit; Kündigung

- 1) Die Vereinbarung tritt am 1. Juli 2021, jedoch nicht vor Erfüllung der gesetzlichen Wirksamkeitsvoraussetzungen gemäß § 24 Abs. 2 bis Abs. 4 GkG NRW am Tag nach der Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde in Kraft.
- 2) Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 27. April 2031. Sie verlängert sich jeweils um weitere 5 Jahre, sofern sie nicht mit einer Frist von 12 Monaten zum Vereinbarungsende vom Kreis oder von der Stadt gekündigt wird. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- 3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
Ein wichtiger Grund liegt im Falle einer Durchführungsvereinbarung der Leistungen durch Dritte im Sinne des § 1 Absatz 2 insbesondere vor, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:
 - a) es muss der zwischen dem Kreis und dem Dritten geschlossene Vertrag über die Entsorgung der Abfälle enden, der (auch) die Entsorgungsleistungen betrifft, welche der abfallrechtlichen Zuständigkeit der Stadt unterfällt und welche Gegenstand dieser Vereinbarung sind, und
 - b) es muss mindestens eine der Vereinbarungsparteien keine Fortsetzung der Durchführung der Entsorgungsleistungen durch den Dritten und/oder den Kreis wünschen und dies den Vereinbarungsparteien schriftlich mitteilen.

§ 3

Schlussbestimmungen

- 1) Änderungen und Zusätze zu dieser Vereinbarung bedürften der Schriftform und müssen ferner den Anforderungen des GkG NRW genügen, insbesondere den Anforderungen an das Verfahren nach § 24 GkG NRW. Dies gilt auch für die Änderung dieser Bestimmung. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden.
- 2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt das die Wirksamkeit des übrigen Vereinbarungsinhaltes nicht. Unwirksame oder undurchführbare Bestimmungen gelten vielmehr als durch wirksame Regelungen ersetzt, Lücken als ausgefüllt, wie dies dem in der Vereinbarung zum Ausdruck kommenden Willen der Vereinbarungsparteien am besten entspricht. Die Vereinbarungsparteien verpflichten sich wechselseitig, an einer schriftlichen Niederlegung solcher Bestimmungen mitzuwirken.

- 3) Die Vereinbarung ist dreifach ausgefertigt. Neben dem Kreis erhalten auch die Stadt und die Bezirksregierung Detmold eine Ausfertigung.

Gütersloh, den 17. August 2021

Sven-Georg Adenauer
- Landrat -

Frank Scheffer
- Leitender Kreisbaudirektor -

Gütersloh, den 8. Juli 2021

Norbert Morkes
- Bürgermeister -

Christine Lang
- Erste Beigeordnete -

Genehmigung und Bekanntmachung

Die vorstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 8. Juli 2021/17. August 2021 zwischen dem Kreis Gütersloh und der Stadt Gütersloh über die Durchführung des Betriebs eines Recyclinghofes in Gütersloh sowie der Einsammlung und Beförderung der dort angelieferten Abfälle habe ich gem. § 24 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) vom 1. Oktober 1979 in der z. Zt. gültigen Fassung genehmigt.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung und die Genehmigung werden hiermit gem. § 24 Abs. 3 GkG NRW bekannt gegeben.

Detmold, den 2. September 2021
31.01.2.3-003/2020-009

Bezirksregierung Detmold
Im Auftrag
Schulze

ABl. Reg. Dt. 2021, S. 218-219

209

Wasserrecht;

hier: Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 UVPG

Bezirksregierung Detmold Detmold, den 3. September 2021
54.01.07.74-007

Die Wasserwerke Paderborn GmbH entnimmt seit mehreren Jahrzehnten über insgesamt zehn Tiefbrunnen (TB 01-08, TB 12, TB 22) Grundwasser aus dem Tiefenwasseraquifer.

Um die zuletzt mit Bewilligung vom 26. November 2007 genehmigte Wasserrechtsmenge von 11,0 Mio. m³/a entsprechend den technischen und hydrogeologischen Möglichkeiten ausschöpfen zu können und die Versorgungssicherheit zu erhöhen, hat die Wasserwerke Paderborn GmbH mit Schreiben vom 17. August 2021 eine Änderung in der Tagesentnahmemenge beantragt. Während die stündliche und jährliche Entnahmemenge unverändert bleibt, soll die Tagesentnahmemenge an maximal 28 Tagen im Jahr auf 60 000 m³/d angehoben werden, befristet bis zum 31. Dezember 2028.

Mit einer Entnahme von mehr als 10 Mio. m³/a bestand in dem Bewilligungsverfahren die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG ist deshalb im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung zu beurteilen, ob für das Änderungsvorhaben eine Pflicht zur

Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Im Rahmen dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass das beantragte Vorhaben nicht UVP-pflichtig ist. Von dem Vorhaben sind nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären.

Da sich die insgesamt zulässige Entnahmemenge nicht ändert, sondern sich nur anders verteilt, ist nicht von zusätzlichen Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes auszugehen. Ein ausreichendes Dargebot wurde bereits im Bewilligungsverfahren nachgewiesen. Wasserrechte Dritter sind nicht betroffen.

Durch die verlängerte Stundenentnahme vergrößert sich die förderbedingte Absenkung. Diese begrenzen sich auf die Zeit der erhöhten Entnahme und bilden sich anschließend wieder zurück, da die Jahresentnahmemenge nicht erhöht wird. Zudem verbleiben die Mehrabsenkungen gänzlich im Bereich des bedeckten Karstes. Aufgrund der mächtigen Überlagerung mit geringdurchlässigen Deckschichten sind oberflächennahe Auswirkungen auf die Schutzgüter des UVPG sicher auszuschließen.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben. Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

ABl. Reg. Dt. 2021, S. 219-220

**210 Wasserrecht;
hier: Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 UVPG**

Bezirksregierung Detmold Detmold, den 9. September 2021
54.01.07.54-012

Der Wasserbeschaffungsverband (WBV) Sassenberg-Versmold-Warendorf, Münsterstraße 16, 33775 Versmold, hat bei der Bezirksregierung Detmold die Änderung der bestehenden wasserrechtlichen Bewilligung dahingehend beantragt, die Gewinnungsanlagen um einen Brunnen 3 zu erweitern, unter Beibehaltung der derzeit zulässigen Entnahmemenge.

Mit Bewilligung vom 16. Dezember 2010 wurde dem WBV Sassenberg-Versmold-Warendorf das Recht erteilt, aus den 12 bestehenden Brunnen des Wasserwerks Füchtorf Grundwasser in einer Menge von bis zu 2,2 Mio. m³/a zu entnehmen. Zur Gewährleistung einer stabilen Versorgungssicherheit, insbesondere in Trockenzeiten, beabsichtigt das Versorgungsunternehmen nun den Betrieb eines zusätzlichen Brunnen 3 zwischen den vorhandenen Brunnen 17C und 18A.

Geplanter Standort: Gemarkung Peckeloh, Flur 98, Flurstück 70

Nach § 9 UVPG ist für das Änderungsvorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 UVPG durchzuführen. Im Rahmen dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Von dem Vorhaben sind nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären.

Der Betrieb des geplanten Brunnen 3 geht mit keiner Erhöhung der Entnahmemengen einher, die bestehende Entnahme wird lediglich auf mehr Brunnen verteilt. Insofern wird der Grundwasserkörper nicht stärker beansprucht.

Durch die Inbetriebnahme des geplanten Brunnen ergeben sich lediglich im direkten Brunnenbereich geringfügige Mehrauswirkungen. Das Grundstück ist im Eigentum des

Wasserversorgungsunternehmens, insofern sind erstmalige oder zusätzliche Betroffenheiten Dritter ausgeschlossen. Ebenso sind in dem geringen Wirkungsbereich keine Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter des UVPG zu erwarten.

Die Feststellung, dass keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben. Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

ABl. Reg. Dt. 2021, S. 220

**211 Immissionsschutz;
hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BlmSchG)**

Bezirksregierung Detmold Detmold, den 6. September 2021
Leopoldstraße 15, 32756 Detmold
700-53.0007/21/3.10.1

Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 BlmSchG in Verbindung mit § 21a der 9. BlmSchV über die Erteilung einer Genehmigung nach § 16 BlmSchG für die von der Hubert Altehülshorst GmbH betriebenen Oberflächebehandlungsanlage am Standort Hauptstraße 125 in 33397 Rietberg-Varensell.

Die Bezirksregierung Detmold hat der Hubert Altehülshorst GmbH mit Datum vom 21. Juli 2021 eine Genehmigung nach § 16 BlmSchG mit folgendem verfügenden Teil und folgender Rechtsbehelfsbelehrung erteilt:

Verfügender Teil:

„Auf den Antrag vom 3. März 2021 (Eingang am 3. März 2021) wird aufgrund der §§ 16/6/10 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmSchG)* in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der 4. BlmSchV und der Nr. 3.10.1 des Anhanges 1 der 4. BlmSchV die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlagen nach Nr. 3.10.1 durch Errichtung und Betrieb von Galvanikanlagen mit einem Gesamtwirkbadvolumen von 265,22 m³ erteilt.

Gegenstand dieser Genehmigung ist:

1. Errichtung und Betrieb einer Trommelgalvanik mit 70,0 m³ Wirkbadvolumen
2. Errichtung und Betrieb eines Zinkgestellautomaten mit 183,4 m³ Wirkbadvolumen
3. Produktionstechnische Umstellung des bestehenden Drehtrommelautomaten (11,82 m³) von Gelbchromatierung auf Gelbpasivierung im Nachbehandlungsbereich
4. Kontinuierlicher 3-Schicht-Betrieb der neuen Galvanikanlagen mit zugehörigen Nebenanlagen von Montag bis einschl. Sonntag und an Feiertagen durchgängig von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr
5. Ableitung der Abluft aus den Prozessbädern der neuen Galvanikanlagen über die neuen Emissionsquellen EQ 1-4 über Dach ins Freie. Die Emissionsquelle 5 der Anlage 2 ist bereits Bestand und bleibt unverändert weiter erhalten
6. Erweiterung der Abwasserbehandlungsanlage (ABA) um zwei Abwasserbehälter (B5a und B30a) und einer zweiten Kammerfilterpresse (KFP)
7. Indirekteinleitung von 25 000 m³/a anfallendes Abwasser in die kommunale Schmutzwasserkanalisation der Stadt Rietberg befristet bis zum 31. Mai 2031

Standort:

Hauptstraße 125, 33397 Rietberg-Varensell

Gemarkung: Varensell, Flur 21, Flurstücke: 32, 45, 31, 60

Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe / Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden (Postanschrift: Postfach 32 40, 32389 Minden) erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht einzureichen oder zur

Niederschrift der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts (poststelle@vg-minden.nrw.de) erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).“

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen zum Thema Luftreinhaltung, Lärmschutz, Bodenschutz, Wasserwirtschaft, Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, Abwasser und Arbeitsschutz verbunden.

Der Bescheid und seine Begründung liegen zur Einsichtnahme in der Zeit vom 14. September 2021 bis einschließlich 28. September 2021 bei der

Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15
32756 Detmold, Raum A 306,
Tel.-Nr.: 05231/71 5312
Montag bis Freitag 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr
Montag bis Freitag 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr

aus.

Der Bescheid und seine Begründung können aufgrund der aktuellen Situation durch den Coronavirus (COVID-19/Sars-CoV-2) nur unter Vereinbarung eines Termins, während der Dienststunden, eingesehen werden. Zur Terminvereinbarung nehmen Sie bitte mit der Behörde, bei der die Antragsunterlagen ausliegen, Kontakt auf.

Der Bescheid und seine Begründung werden parallel zur Auslegung auch auf der Homepage der Bezirksregierung Detmold (<https://www.bezreg-detmold.nrw.de>) verfügbar gemacht.

Mit Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, gemäß § 10 Abs. 8 Satz 5 BImSchG als zugestellt. Der Bescheid und seine Begründung können bis zum Ablauf der Klagefrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich bei der Bezirksregierung Detmold angefordert werden.

ABl. Reg. Dt. 2021, S. 220-221

212 Immissionsschutz; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Detmold Detmold, den 06.09.2021
Leopoldstraße 15, 32756 Detmold
700-53.0007/21/3.10.1

Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG in Verbindung mit § 21a der 9. BImSchV über die Erteilung einer Genehmigung nach § 16 BImSchG für die von der Harting Electric GmbH & Co. KG betriebenen Anlagen nach Nr. 3.4.1 und 3.8.1 des Anhangs der 4. BImSchV am Standort Wilhelm Harting Str. 1 in 32339 Espelkamp.

Die Bezirksregierung Detmold hat der Harting Electric GmbH & Co. KG mit Datum vom 24. Juni 2021 eine Genehmigung nach § 16 BImSchG mit folgendem verfügenden Teil und folgender Rechtsbehelfsbelehrung erteilt:

Verfügender Teil:

„Auf den Antrag vom 8. Februar 2021 (Eingang am 16. Februar 2021) wird aufgrund der §§ 16/6/10 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)* in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der 4. BImSchV und den Nr. 3.4.1 und 3.8.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlagen nach Nr. 3.4.1 und 3.8.1 des Anhangs der 4. BImSchV durch Erhöhung der Schmelz- und Gießkapazität erteilt.

Gegenstand dieser Genehmigung ist:

Wesentliche Änderung von Anlagen nach Nr. 3.4.1 und 3.8.1 des Anhangs der 4. BImSchV:

Erhöhung der Schmelz- und Gießkapazität auf 108 t/d durch

1. Austausch des bestehenden Aluminiumschmelzofens (BE 1.1) durch einen mit BE 1.2 baugleichen Schmelzofen,
2. Aufstellung von zwei weiteren Aluminiumdruckgussmaschinen (BE 2.11 und 2.12) sowie
3. zwei weiteren Zinkdruckgussmaschinen (BE 3.8 und 3.9).

Soweit mit diesem Bescheid keine anderslautenden Festsetzungen und Nebenbestimmungen festgeschrieben wurden, behalten die Bestimmungen des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Detmold vom 30. Mai 2018, Az.: 700-53.0058/17/3.4.1 ihre Gültigkeit.

Standort:

Wilhelm-Harting- Str. 1, 32339 Espelkamp,
Gemarkung Espelkamp, Flur 8, Flurstück 513“

Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe / Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden (Postanschrift: Postfach 32 40, 32389 Minden) erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht einzureichen oder zur Niederschrift der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts (poststelle@vg-minden.nrw.de) erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).“

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen zum Thema Luftreinhaltung, Bodenschutz, Wasserwirtschaft, Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Arbeitsschutz verbunden.

Der Bescheid und seine Begründung liegen zur Einsichtnahme in der Zeit vom 14. September 2021 bis einschließlich 28. September 2021 bei der

Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15
32756 Detmold, Raum A 306,
Tel.-Nr.: 05231/71 5312
Montag bis Freitag 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr
Montag bis Freitag 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr

aus.

Der Bescheid und seine Begründung können aufgrund der aktuellen Situation durch den Coronavirus (COVID-19/Sars-CoV-2) nur unter Vereinbarung eines Termins, während der Dienststunden, eingesehen werden. Zur Terminvereinbarung

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

215 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter; hier: Sitzung der Verbandsversammlung

Tagesordnung

für die Sitzung 4/VI der Verbandsversammlung
am 28. September 2021, 18.00 Uhr
im Kreishaus Paderborn, Großer Sitzungssaal

Öffentliche Sitzung

- TOP 1: Quartalsbericht Finanzen
- TOP 2: Einbringung Haushalt 2022
- TOP 3: Dringlichkeitsbeschluss Wiederaufnahme des NachtExpress-Betriebes
- TOP 4: Dringlichkeitsbeschluss Anpassung Nahverkehrsplan in Bezug auf den Ausbau der Barrierefreiheit der Haltestellen
- TOP 5: Gemeinsame Ausschreibung Mobilfunkdaten durch den NWL und die Mitgliedszweckverbände
- TOP 6: Weiteres Vorgehen zur Definition von Zielen und Zielgruppen
- TOP 7: Berichte aus dem NWL
- TOP 8: Verschiedenes

Nicht öffentliche Sitzung

- TOP 9: Berichte aus dem NWL
- TOP 10: Angebotsauswertung Linienbündel 7 und 8
- TOP 11: Verlängerung der Vereinbarung der Mittel aus dem ÖPNV-Rettungsschirm
- TOP 12: Dringlichkeitsbeschluss Haltestellenstelen
- TOP 13: Beschaffung automatischer Fahrgastzählssysteme
- TOP 14: Nachfolge Geschäftsführung VPH ab 2023
- TOP 15: Verschiedenes

Hinweis:

Die Tagesordnung für die Sitzung der nph-Verbandsversammlung kann auch im Gremienportal des nph unter <https://www.nph.de/de/der-nph/verbandsversammlung.php> eingesehen werden.

Paderborn, den 9. September 2021

Heiko Hansmann
Vorsitzender der Verbandsversammlung

ABl. Reg. Dt. 2021, S. 223

Ständige Beilage: Öffentlicher Anzeiger · Einzelpreis dieser Nummer 0,51 €

Gebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 2,50 € – Bezugsgebühren: jährlich 20,45 €

Einzelpreis des Öffentlichen Anzeigers 0,51 €

Bezug und Lieferung des Amtsblattes durch Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG · Ohmstraße 7 · 32758 Detmold

Einzelpreis nur gegen Voreinsendung des Betrages zuzüglich Versandkosten auf das Postbankkonto Hannover Nr. 164916-309

In den vorgenannten Preisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten – Erscheint wöchentlich

Redaktionsschluss: Dienstag 17.00 Uhr

Herausgeber: Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15, 32756 Detmold – Druck: Bösmann Druck

ISSN 0003-2298